

CHRISTOPH BUCHHEIM

DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM DRITTEN REICH – MEHR DESASTER ALS WUNDER

Eine Erwiderung auf Werner Abelshausen¹

Seit 1933 besserte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland rasch. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich sprunghaft, und nach Mitte des Jahrzehnts wurde, zum ersten Mal seit dem Beginn der zwanziger Jahre, Vollbeschäftigung erzielt. Die Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland von besonderer Schwere gekennzeichnet war, wurde, im internationalen Vergleich, sehr zügig und durchgreifend überwunden. Das Wachstum war ähnlich hoch wie in Westdeutschland nach der Währungsreform von 1948. Auf den ersten Blick grenzte diese Entwicklung in der Tat an ein Wunder. Sie spielte eine wichtige Rolle dabei, daß die Arbeiterschaft sich trotz zahlreicher Zumutungen dem NS-Regime gegenüber relativ loyal verhielt, da der offensichtliche wirtschaftliche Erfolg, vor allem die Wiedergewinnung einer gewissen existentiellen Sicherheit durch die massive Beschäftigungsausweitung, ihm zugeschrieben wurde. Auch in der Rückerinnerung an die NS-Zeit gilt dies bei vielen als ein, wenn nicht als ihr einziges Aktivum. Eine ähnliche Einschätzung findet sich ebenfalls in manchen wissenschaftlichen Abhandlungen bis hin zur neueren Handbuchliteratur².

In diese Kerbe hat nun auch der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen mit einem Artikel in dieser Zeitschrift gehauen³. Dabei argumentiert auch er, der Aufschwung aus der Krise sei der nationalsozialistischen Politik zu verdanken gewesen. Darüber hinaus thematisiert er aber, worauf der Untertitel seines Aufsatzes hinweist, bestimmte, und zwar positive, Konsequenzen, die die Rüstungswirtschaft für die Ermöglichung des Wachstumsbooms nach 1945 angeblich hatte. Insofern reiht Abelshausen sich also mit seinem Beitrag zustimmend in die um die Wende zu den neunziger Jahren wieder aufflammende Debatte über den Beitrag der NS-Zeit zur Modernisierung in Deutschland ein⁴. Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht erscheinen beide Thesen jedoch äußerst zweifelhaft.

¹ Werner Abelshausen, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: VfZ 47 (1999), S. 503–538.

² Vgl. Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München ⁵1995, S. 8: „Nach der ‚Machtergreifung‘ entwickelte sich die deutsche Wirtschaft insgesamt positiv, und die Arbeitslosenzahlen gingen zurück.“

³ Vgl. Abelshausen, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.

⁴ Für einen Überblick über diese Debatte siehe Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 367–387.

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

Darauf ist in der Literatur auch bereits wiederholt hingewiesen worden⁵. Demgemäß ist das Echo, das Abelshausers Artikel in einer prominenten Tageszeitung gefunden hat⁶, zwar angesichts der Brisanz der Thesen verständlich, ob seiner Kritiklosigkeit allerdings bedauerlich.

Der Wiederaufschwung

Abelshausen schreibt, in der Analyse der Konjunkturindikatoren finde sich kein Beleg für die These, daß der Aufschwung auch ohne die konjunkturpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes gekommen wäre (S. 505). Kern der erfolgreichen Krisenpolitik nach der Machtergreifung sei ein keynesianischer Ansatz gewesen, der mit kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsprogrammen begann (S. 537). Adolf Hitler sah dies ähnlich. So sagte er im Oktober 1933 zu einem Korrespondenten der „Daily Mail“: „Wir haben von etwas über 6 Millionen Arbeitslosen in acht Monaten über 2 1/4 Millionen in die Produktion zurückgeführt“⁷. In der Tat waren bei den Arbeitsämtern im Januar 1933 knapp über 6 Millionen Arbeitslose registriert, im Oktober jenen Jahres aber nur noch 3,7 Millionen⁸. Dieser Rückgang war, auch wenn man eine gewisse Verringerung der ausgewiesenen Arbeitslosenzahl durch Änderungen in der statistischen Erfassung berücksichtigt⁹, stärker, als daß man ihn als allein saisonbedingt einschätzen könnte. Vielmehr war hier auch eine konjunkturelle Komponente im Spiel. Trotzdem hatte Hitler nicht recht, wenn er seiner Regierung diesen Erfolg zuschrieb. Denn das von der neuen Regierung initiierte erste große Programm der direkten Arbeitsbeschaffung über eine Milliarde RM, das sogenannte Reinhardt-Programm (Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit), datiert von Anfang Juni 1933. Auch bis Ende des Jahres waren hiervon erst 95 Millionen RM ausgezahlt worden. Das zeigt deutlich, wie lange die Wirkungsverzögerung solcher Maßnahmen ist. Daher verwundert es nicht, daß von den 850 Mill. RM an Reichsmitteln, die 1933 für direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirklich verausgabt worden sind, 700 Mill. RM aus Programmen stammten, die vor der Machtergreifung verabschiedet worden waren. Dazu muß man dann noch eine größere Summe der 600 Mill. RM rechnen, die 1933 für Aufträge zur Arbeitsbeschaffung von Reichsbahn und Reichspost aufgewandt wurden¹⁰.

⁵ Vgl. z. B. Harold James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Stuttgart 1988, S. 391–396; Albrecht Ritschl, *Die NS-Wirtschaftsideologie – Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?*, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991, S. 48–59; Christoph Buchheim, *Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 1994, S. 97–119.

⁶ Vgl. Thomas Speckmann, *Erst Kanonen, dann Butter*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 2. 2000, S. N6.

⁷ Zit. nach James, *Weltwirtschaftskrise*, S. 336.

⁸ Vgl. Institut für Konjunkturforschung (Hrsg.), *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, Berlin 1935, S. 16.

⁹ Vgl. Dan Silverman, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1945*, Cambridge/Mass. 1998, S. 10–27.

¹⁰ Vgl. Leo Grebler, *Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935*, in: *Internationale Rundschau der Arbeit* 15 (1937), S. 423. Vgl. auch Silverman, *Hitler's Economy*, S. 219f.: „Because the Hitler

Tatsächlich waren entgegen der Feststellung Abelshausers neben den Effekten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung aber auch spontane Auftriebskräfte wirksam, und zwar schon seit Herbst 1932. Das renommierte Institut für Konjunkturforschung diagnostizierte für diese Zeit eine deutliche Besserung der Arbeitsmarktlage. Ende Dezember 1932 seien saisonbereinigt ca. 400 000 Arbeitskräfte mehr als im August beschäftigt gewesen¹¹. Wenn die Arbeitslosigkeit im Januar 1933 wieder auf 6 Millionen stieg, so kann man hieraus demnach nicht mit Abelshausen (S. 505) folgern, es habe noch keine Trendwende stattgefunden. Denn erstens ist, wie Abelshausen selbst an anderer Stelle schreibt (S. 514), die Arbeitslosigkeit eher ein „später“ Indikator, d. h. sie reagiert verzögert auf den Wechsel der konjunkturellen Lage. Und zweitens war der Abschwung Anfang 1932 ja noch nicht beendet. Das war erst im Sommer der Fall. Der Unterschied zwischen Januar 1932 und Januar 1933 war also, daß einmal die Schwelle von 6 Millionen Arbeitslosen auf dem Weg nach unten, das andere Mal aber auf dem Weg nach oben überschritten wurde.

Es gibt noch weitere Indikatoren dafür, daß 1932/33 ein Aufschwung in Gang gekommen war, bevor die Maßnahmen des Regimes greifen konnten. So war die Versorgung mit (Walz-)Eisen im Inland, laut Institut für Konjunkturforschung der zuverlässigste Maßstab für die laufende Beobachtung der Investitionstätigkeit¹², im ersten Quartal 1933 um 25 Prozent höher als im ersten Quartal des Vorjahres¹³. Der Handel stockte seine Vorräte schon 1933 erheblich auf¹⁴. Bereits Mitte 1933 hatten sich die Inlandsaufträge für Maschinen im Vergleich zu Mitte 1932 mehr als verdoppelt¹⁵.

Der Eindruck, den Abelshausen zu vermitteln sucht, daß nämlich die Konjunkturwende ursächlich mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verknüpft war, ist also unrichtig. Zum einen waren nämlich spontane Auftriebskräfte am Werk¹⁶. Zum zweiten wurden 1933 im wesentlichen erst die Effekte der Arbeitsbeschaffungsprogramme der Vorgängerregierungen wirksam, aber noch nicht in großem Umfang die Maßnahmen des NS-Regimes. Und zum dritten kann man wohl zu Recht vermuten, daß auch andere Regierungen die Arbeitsbeschaffung fortgesetzt hätten, die ja schon seit der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932, nach der die deutschen Reparationszahlungen definitiv geendet hatten, mit immer größeren Beträgen betrieben worden war.

Ein weiterer Punkt ist zu bedenken: Die Kostensituation in der Industrie hatte sich entschieden gebessert. Tatsächlich hatte auch die Weltwirtschaftskrise eine „Reinigungsfunktion“ gehabt, wie von der klassischen Konjunkturtheorie ja für konjunkturelle Depressionen generell postuliert. Durch die Wucht der Krise getroffen, hatten die Unternehmen ihre fixen Kosten radikal verringert. Dieser Erfolg konnte im Wiederaufschwung, wie ver-

government had no work creation policy until the enactment of the June 1 Reinhardt program, very little of the sharp decline in unemployment during the first three quarters of 1933 could have resulted from Nazi policies and programs.“

¹¹ Vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 5, 1932/33, S. 197.

¹² Vgl. ebenda 6 (1933), S. 119.

¹³ Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 55.

¹⁴ Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1947, S. 604.

¹⁵ Vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 6 (1933), S. 119.

¹⁶ Siehe auch Harold James, *Innovation and Conservatism in Economic Recovery: The Alleged ‚Nazi Recovery‘ of the 1930 s*, in: W. R. Garside (Hrsg.), *Capitalism in Crisis. International Responses to the Great Depression*, London 1993, S. 81.

minderte Verwaltungskostensätze nach 1932/33 zeigen, weitgehend bewahrt werden. Zudem waren die Roh- und Halbwarenpreise in den einzelnen Branchen in der Krise stärker gefallen als die Fertigproduktpreise, was sich gleichfalls in einem höheren Gewinnpotential der Unternehmen niederschlug¹⁷. Es ist deshalb gut verständlich, wenn es z. B. im Geschäftsbericht der Humboldt-Deutzmotoren AG für das Jahr 1931/32 hieß: „Bei dem heutigen Stand der Fabrikation und der Selbstkosten-Faktoren wird eine auch nur geringe Belebung der Wirtschaft zu erfolgreichem Arbeiten führen“¹⁸.

Wie bereits gezeigt, kam diese Belebung, unterstützt durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, seit Herbst 1932 tatsächlich. Auch der private Konsum erhöhte sich, 1933 und 1934 zusammen immerhin real um neun Prozent pro Kopf der Bevölkerung¹⁹. Das gestiegene Gewinnpotential in der Industrie und die beginnende Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusammen müßten nach dem Gesagten sehr bald wieder zu zunehmenden Erträgen in der Industrie geführt haben. Das war auch wirklich der Fall. Gemäß der sorgfältigen, auf den durch die Unternehmen selbst nicht so leicht manipulierbaren Steuerbilanzen beruhenden Studie von Mark Spoerer belief sich die Eigenkapitalrendite deutscher Industrieaktiengesellschaften nach –5,52 Prozent 1932 bereits 1933 auf 0,28 und 1934 auf 4,65 Prozent. Damit hatte sie schon damals ein Niveau erreicht, wie in der gesamten zweiten Hälfte der (goldenen) zwanziger Jahre nicht²⁰.

Wachstumshemmungen

Kaum war jedoch die Konjunktur angesprungen, wurde die Entwicklung von den Nationalsozialisten in höchst ungesunde Bahnen gelenkt. Denn entgegen der Behauptung Abelshausers (S. 523) kam es schon vor dem Vierjahresplan zu weitgehenden Eingriffen des Regimes in die Märkte und damit in die Autonomie der Unternehmen. Davon war zunächst vor allem die Konsumgüterindustrie betroffen. So wurde der Rohstoffbezug der stark importabhängigen Textilindustrie seit dem Frühjahr 1934 reguliert und bald darauf massiv eingeschränkt²¹. Die Nachfrage nach Textilien konnte daher schon 1935 wegen Rohstoffmangels nicht mehr voll befriedigt werden²². Zeitgenössische Beobachter erkann-

¹⁷ Vgl. dazu ausführlicher Buchheim, *Wirtschaftsaufschwung in der NS-Zeit*, S. 111–116; ders., *The Upswing of German Industry in the Thirties*, in: Ders./Redvers Garside (Hrsg.), *After the Slump. Industry and Politics in 1930s Britain and Germany*, Frankfurt a. M. 2000, S. 36–44.

¹⁸ Klöckner & Co.-Archiv Duisburg, I 27/A, Geschäftsbericht 1931/32.

¹⁹ Vgl. Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965, S. 174, 828.

²⁰ Vgl. Mark Spoerer, *Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941*, Stuttgart 1996, S. 147, 155.

²¹ Für eine Übersicht über die entsprechenden gesetzlichen Regelungen siehe: *Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung* 11 (1938), S. 6; vgl. auch das Projekt meines Mitarbeiters Gerd Höschle, *Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität* (Kurzbericht in: Fritz Thyssen Stiftung, *Jahresbericht 1999/2000*, S. 52 f.).

²² Vgl. Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, Bestand 57: Geschäfts- bzw. Jahresberichte verschiedener Textilfirmen für 1935. Siehe auch *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 281, *Index der Textilproduktion*. Während dieser in den ersten neun Monaten des Jahres 1934 durchschnittlich bei 100 % des Niveaus von 1928 lag, belief er sich in derselben Zeit des Folgejahres nur noch auf durchschnittlich 91 %.

ten klar, daß die Verbrauchskonjunktur durch diese und andere Maßnahmen richtiggehend abgewürgt wurde²³. Der reale Konsum pro Kopf stagnierte denn auch 1935 und 1936 auf dem 1934 erreichten Niveau²⁴.

Aber nicht nur das Wachstum des Konsums, sondern auch das der Exporte wurde durch die staatliche Politik gedrosselt. Es stimmt nicht, daß, wie Abelshauser schreibt, die Welthandelsströme noch 1934 schrumpften (S. 518). Vielmehr erhöhte sich das Volumen der Weltexporte von 1932 bis 1934 um 7 Prozent und bis 1937 gar um ein Drittel²⁵. Dagegen sank dasjenige der deutschen Exporte zwischen 1932 und 1934 um 15 Prozent und lag 1937, verglichen mit 1932, nur um ebenfalls 15 Prozent höher²⁶. Deutschland verlor also Anteile am Weltmarkt, was die Devisenklemme, die nicht zuletzt zur Drosselung der Einfuhren von Rohstoffen für die Konsumgüterindustrie führte, verschärfte. Zwar versuchte das Regime, die Exporte zu fördern. Dies geschah jedoch auf höchst bürokratische und für die Unternehmen wenig attraktive Weise. Die Lösung wäre eine Abwertung der Währung gewesen, wie es u. a. Großbritannien und die USA vorgemacht hatten. Dies geschah jedoch nicht. Ein Grund dafür könnte gewesen sein, daß die überbewertete Währung es der Regierung ermöglichte, die Exporttätigkeit durch die Zuerkennung oder Verweigerung von Subventionen weitgehend zu kontrollieren. Auch die Furcht, Inflationserwartungen zu wecken, mag eine Rolle gespielt haben, wurde doch in Deutschland seit der Großen Inflation der frühen zwanziger Jahre ein enger Zusammenhang zwischen Abwertung und Inflation gesehen²⁷. Aber diese Furcht war nur bei einem übermäßigen Anstieg der Geldmenge berechtigt, eben wie er in den zwanziger Jahren stattgefunden hatte. Insofern bestand zunächst eigentlich keine Gefahr. Erst als die Aufrüstung tatsächlich zu einem Geldüberhang geführt hatte, wurde Inflation erneut möglich. Dies war jedoch allein der nationalsozialistischen Politik zuzuschreiben.

Dan Silverman diagnostizierte für das Jahr 1935 ein bedrohliches Nachlassen des Aufschwungs in Deutschland. Über die Arbeitsbeschaffungsprogramme, deren Wirkung 1935 auslief, schreibt er: „This stimulus does not appear to have set Germany's economy on a path of self-sustained natural growth“²⁸. Vor dem skizzierten Hintergrund ist das jedoch überhaupt nicht erstaunlich. Denn das Regime sorgte ja dafür, daß die Multiplikatorkräfte der konjunkturellen Belebung – sowohl in Deutschland wie international – nicht wirksam werden konnten. Deshalb ist es auch verfehlt, wie René Erbe bereits 1958 klar herausgearbeitet hat, von einem keynesianischen Ansatz der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu sprechen, denn bei einem solchen kommt es gerade darauf an, die Multiplikatoreffekte zu fördern²⁹. Statt dessen wurden, wie von Anfang an beabsichtigt, seit

²³ Der Ökonom und Deutschland-Kenner Costantino Turrone schrieb dazu 1938: „Germany took drastic measures to curtail imports [. . .], thus nipping in the bud the expansion of the consumption-goods industries.“ (The „Multiplier“ in Practice: Some Results of Recent German Experience, in: *Review of Economic Statistics* 20 (1938), S. 82). Vgl. auch Hans E. Priester, *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936, S. 306–311.

²⁴ Vgl. Hoffmann, *Wachstum*, S. 174, 828.

²⁵ Vgl. Angus Maddison, *Monitoring the World Economy 1820–1992*, Paris 1995, S. 239.

²⁶ Vgl. Hoffmann, *Wachstum*, S. 530f.

²⁷ Siehe zum Vorhergehenden James, *Economic Recovery*, S. 82–88.

²⁸ Silverman, *Hitler's Economy*, S. 224f.

²⁹ Vgl. René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958.

1935/36 immer größere Rüstungsausgaben³⁰ produktionswirksam, die schließlich Vollbeschäftigung und Kapazitätsauslastung, zumindest in der Produktionsgüterindustrie, herbeiführten. Das jedoch kann man höchstens bei sehr oberflächlicher Betrachtung als ein „Wirtschaftswunder“ bezeichnen. Hans Priester, der Autor eines einschlägigen zeitgenössischen Buches zu diesem Thema, erkannte das schon früh in voller Schärfe. Er stellte fest³¹: „Die Unternehmen sind nicht blind. Sie sehen die zunehmenden Spannungen in der deutschen Wirtschaft. Sie blicken hinter die Kulissen des deutschen Wirtschaftswunders. Sie verfolgen ängstlich die Zuspitzung der außenpolitischen Verhältnisse. Unter solchen Verhältnissen kann die Lust zum Investieren nicht sonderlich groß sein.“

Mit dem Hinweis auf die geringe Investitionsneigung der Unternehmen in der Vorkriegszeit sprach Priester eine weitere Schwäche des NS-Wirtschaftsaufschwungs an, die von anderen Beobachtern ebenfalls registriert wurde³². In der Tat kann, trotz eines enormen Anstiegs der Eigenkapitalrendite auch nach 1934³³, was unter normalen Umständen die Investitionstätigkeit stark angeheizt hätte, von einem Investitionsboom überhaupt nicht die Rede sein. Selbst der Vierjahresplan änderte – entgegen Abelshausers Aussage (S. 524) – hieran nicht viel. Der Anteil der Anlageninvestitionen der Industrie am Sozialprodukt belief sich 1928, im Spitzenjahr der Weimarer Republik, auf 2,9 Prozent. Dieser Wert wurde erst 1937 übertroffen und betrug 1938, im letzten vollen Friedensjahr, lediglich 3,5 Prozent. Hingegen stieg er in der Bundesrepublik bis 1950 bereits auf 4,6 Prozent und bis 1955 auf 6,1 Prozent³⁴. Die Zahlen zeigen, daß die industrielle Investitionsdynamik während des NS-Booms gar nicht so viel größer war als in der Wei-

³⁰ Vgl. die Übersicht bei Werner Abelshausen, *Germany: Guns, Butter, and Economic Miracles*, in: Mark Harrison (Hrsg.), *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 1998, S. 134f. Der Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte stellt eine gekürzte und übersetzte Version dieses Beitrags dar.

³¹ Priester, *Wirtschaftswunder*, S. 311.

³² Vgl. Bresciani Turrone, „Multiplier“ in Practice, S. 80f.; Charles Bettelheim, *Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1974, S. 248f. (französisches Original: Paris 1946).

³³ Wie Anm. 20.

³⁴ Für die Investitionszahlen vgl. Rolf Krengel, *Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/56*, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 1957, S. 170 (für Bundesrepublik) und S. 181 (für Deutsches Reich). Allerdings sind die – relativ geringen – Investitionen der Bauindustrie in diesen Ziffern nicht enthalten. Ansonsten stimmen sie für die Vorkriegszeit mit den Angaben des Statistischen Reichsamts (*Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1938, S. 566; 1940/41, S. 612) überein. Weder diese noch die Zahlen Krengels schließen jedoch die Investitionen der Luftfahrtindustrie ein. Aber selbst inklusive Bau- und Luftfahrtindustrie erreicht die Quote der Industrieinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt 1938 nur einen Wert von 3,9 Prozent. Vgl. Lutz Budraß, *Flugzeugindustrie und Lufrüstung in Deutschland 1918–1945*, Düsseldorf 1998, S. 381. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt der Nachkriegszeit: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *50 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1997* auf CD-ROM, München 1998; für das nominale Bruttoinlandsprodukt der Vorkriegszeit Albrecht Ritschl/Mark Spoerer, *Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktsstatistiken 1901–1995*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1997/2, S. 51f. Die dort angeführte Zahl für 1938 bezieht wohl die annektierten Gebiete nicht mit ein, wie irrtümlich angegeben; vgl. die sogar etwas höhere Zahl, bei der extra darauf hingewiesen wird, daß sie für das alte Reichsgebiet gilt, in: *Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, Stuttgart 1972, S. 260.

marer Republik, die für ihre Investitionsschwäche bekannt ist, und keinesfalls an die Investitionskonjunktur in der Nach-Währungsreform-Zeit heranreichte. Letzteres gilt sogar für die Höhe der industriellen Investitionen in der Kriegszeit. Gemäß einer anderen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik beziehenden Studie von Rolf Krengel, die auch von Abelshäuser zitiert wird, erreichten diese mit real 5,9 Mrd. Mark 1942 ihr Maximum. Bereits 1953 übertrafen sie aber diesen Stand mit 6,4 Mrd. wieder, und 1955 lagen sie bei 9,3 Mrd. Mark³⁵.

Die Industrie blieb skeptisch hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Staatskonjunktur in der NS-Zeit³⁶. Sie hielt sich mit Neuinvestitionen zurück, um nach einem für nicht unwahrscheinlich gehaltenen Zusammenbruch des allein vom Staat getragenen Aufschwungs nicht wieder, wie in der eben erlebten Weltwirtschaftskrise, mit gewaltigen Überkapazitäten dazustehen. Lieber lasteten die Unternehmen ihre bestehenden Kapazitäten bis zum letzten aus³⁷ und investierten einen erheblichen Teil der hohen verdienten Mittel in Beteiligungen oder hielten sie als Liquidität vor³⁸. Und wenn sie doch neu investierten, dann mußte der Staat meist einen großen Teil des Amortisationsrisikos übernehmen, was er in der Rüstungs- und Ersatzstoffindustrie im allgemeinen auch tat. Tatsächlich machten solche von der öffentlichen Hand vertraglich abgesicherten Investitionen nach 1936 den größten Teil aller industriellen Investitionen aus³⁹. Als durchaus charakteristisch für die Stimmung im Unternehmerlager erscheint folgende Äußerung von Karl Kimmich, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, auf einer internen Sitzung vor Industriellen 1936⁴⁰: „Nachdem wir nunmehr nach der Aufrüstung als militärischer Faktor in der Welt wieder gewertet werden müßten, dürfte es im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft an der Zeit sein, die Bestrebungen für eine allgemeine Abrüstung wieder aufzunehmen. Der Zustand, die schwebende Schuld des Reichs nur durch die Banken, Versicherungen usw. zu konsolidieren, sei auf die Dauer nicht haltbar. [...] Infolgedessen sei der Anschluß an den Weltmarkt unbedingt notwendig. *Vollkommen falsch sei es, die Vergrößerung der Inlandskapazität anzustreben.*“

Wenn die industriellen Investitionen, gemessen an den Gewinnen und den Wachstumsraten des Sozialprodukts, im Dritten Reich aber gar nicht besonders hoch waren und

³⁵ Vgl. Rolf Krengel, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Berlin 1958, S. 98 f.

³⁶ Vgl. Samuel Lurie, *Private Investment in a Controlled Economy. Germany, 1933–1939*, New York 1947, S. 23–25; James, *Weltwirtschaftskrise*, S. 366 f.; Richard J. Overy, *The Nazi Economic Recovery 1932–1938*, Cambridge 1996, S. 55 f.

³⁷ Vgl. Krengel, *Anlagevermögen*, S. 36–38. Dort heißt es: „Die Ausnutzung des Anlagevermögens [...] mündete ab 1938 in eine langfristige nicht durchzuhaltende Über-Ausnutzung ein.“

³⁸ Z. B. hatte Krupp zwischen Herbst 1932 und Mitte 1938 einen Zufluß an Mitteln aus einbehaltenen Gewinnen und verdienten Abschreibungen in Höhe von 251 Mill. RM. Davon wurden nur 45 Mill. für Erweiterungsinvestitionen verwendet, aber 30 Mill. für den Erwerb von Beteiligungen, und 58 Mill. wurden liquide angelegt. Krupp-Archiv Essen, WA IV 2876, Finanzpolitik.

³⁹ Allein die Vierjahresplaninvestitionen, d. h. im wesentlichen die Investitionen in der Grund- und Ersatzstoffindustrie, umfaßten 1937 und 1938 mehr als die Hälfte aller industriellen Investitionen. Vgl. Dieter [Dietmar] Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 183; Overy, *Nazi Economic Recovery*, S. 33. Siehe auch das Projekt von Jonas Scherner, *Industrielle Investitionen unter den Bedingungen der NS-Diktatur 1933 bis 1939* (Kurzbericht in: Fritz Thyssen Stiftung, *Jahresbericht 1999/2000*, S. 48 f.)

⁴⁰ Zit. nach: Harold James, *Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945*, in: Lothar Gall u. a., *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1995, S. 333 (Hervorhebung durch den Verfasser).

wenn das Risiko beim größten Teil der Investitionen ohnehin weitgehend vom Staat übernommen wurde, dann wäre es erstaunlich, wenn der Rationalisierungs- und Produktivitätsrückstand Deutschlands gegenüber anderen Ländern, besonders den USA, tatsächlich, wie Abelshäuser suggeriert, verkürzt und der Wachstumsstau aufgelöst worden wäre (S. 506, 537). Denn erstens hatte die Industrie angesichts schwacher Konkurrenz um die riesigen Staatsaufträge und im allgemeinen ziemlich komfortabler, von der öffentlichen Hand gezahlter Kostenpreise nur einen geringen Anreiz zu Rationalisierungsanstrengungen⁴¹. Zweitens sind Produktivitätssteigerungen als Folge des in neuen Anlagen normalerweise „inkorporierten“ technischen Fortschritts abhängig vom Umfang der Investitionen, der jedoch, wie beschrieben, nicht allzu bedeutend war. Und drittens war eine ganze Reihe von Investitionen, vor allem in der Ersatzstoffindustrie, ökonomisch gesehen unproduktiv in dem Sinne, daß damit keine weltmarktgängigen Produkte hergestellt werden konnten. Tatsächlich war das statistisch meßbare Produktivitätswachstum der Industrie in der NS-Zeit (d. h. einschließlich der gesamten Ersatzstoffproduktion) nicht übermäßig groß. Ausgehend von 1929 belief es sich bis 1938 im jährlichen Mittel auf etwa 2,5 Prozent. Im Krieg, von 1939 bis zu seinem Gipfelniveau 1943, betrug es nach Dietrich Eichholtz rund 3,7 Prozent. Diese Zahl ist aber zu hoch gegriffen. In den fünfziger Jahren dagegen lag es bei durchschnittlich 5,5 Prozent im Jahr⁴². Im Vergleich zu den USA ver-

⁴¹ Vgl. Wolfgang Bopp, *The Evolution of the Pricing Policy for Public Orders During the Third Reich*, in: Buchheim/Garside (Hrsg.), *After the Slump*, S. 149–160; Jochen Streb/Sabine Streb, *Optimale Beschaffungsverträge bei asymmetrischer Informationsverteilung. Zur Erklärung des nationalsozialistischen „Rüstungswunders“ während des Zweiten Weltkriegs*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 118 (1998), S. 275–294.

⁴² Für die Vorkriegszeit ist der Produktivitätsanstieg errechnet aus dem Index der Produktion von Industrie und Handwerk, neu gewichtet mit Hilfe der Struktur der Nettoproduktionswerte der Industrie des Jahres 1936, den Zahlen für die Beschäftigten in diesem Bereich und den Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit nach Hoffmann, *Wachstum*, S. 196–199, 213f., 392–395, bzw. für die Neugewichtung, Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin 1963, S. 14f. Die Zahl für die Kriegszeit bezieht sich im Unterschied zu den anderen auf die Beschäftigtenproduktivität und ist errechnet aus den Angaben bei: Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. 2, Berlin [Ost] 1985, S. 265f. Diese Angaben wurden teilweise von Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 366f. übernommen. Sie sind jedoch zu hoch, da der zugrundeliegende Index der Industrieproduktion von Wagenführ, *Industrie*, S. 191, sich nach dessen eigener Aussage (S. 136) auf Großdeutschland inklusive der Gebiete unter deutscher (Zivil-)Verwaltung bezieht, die Arbeitskräftezahlen aber im allgemeinen auf das Altreich einschließlich Österreich und Sudetenland (ebenda, S. 140–142). Dies wurde weder von Eichholtz noch von Overy beachtet. Die Bevölkerung des jeweiligen Gebiets, für das der Index der Industrieproduktion gilt, nahm von 84 Mill. 1939 (einschließlich Protektorat, aber noch ohne eingegliederte, ehemals polnische Ostgebiete und Generalgouvernement) auf etwa 115 Mill. 1943 zu (Wagenführ, *Industrie*, S. 135f.), ein Anstieg von mehr als einem Drittel. Dagegen erhöhte sich die Industrieproduktion insgesamt nach Wagenführ in dieser Zeit um 12 Prozent. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß die Zahl der Arbeitskräfte in der Industrie des jeweils in Frage stehenden Gebiets stärker als nur um 12 % zunahm. In diesem Fall wäre die Produktivität aber sogar gesunken. Das schließt allerdings nicht aus, daß in der Kriegsgüterproduktion doch auch größere Produktivitätsfortschritte erzielt wurden. Im übrigen ergeben offenbar auch andere Quellen, daß das Produktivitätswachstum der deutschen Industrie im Krieg mit 2 bis 3 % nicht besonders hoch war. Vgl. Alan S. Milward, *Arbeitspolitik und Produktivität in der deutschen Kriegswirtschaft unter vergleichendem Aspekt*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volk-

schlechterte sich das Produktivitätsniveau der verarbeitenden Industrie in Deutschland zwischen dem Ende der zwanziger und dem Anfang der fünfziger Jahre, während es sich danach verbesserte⁴³.

Die Lebensstandardentwicklung

Die NS-Wirtschaftspolitik, die, wie angedeutet, den Konsum zugunsten der Rüstung drosselte, hatte natürlich auch Konsequenzen für den Lebensstandard der Bevölkerung. Dies zeigte sich etwa an den Löhnen, deren Entwicklung staatlich kontrolliert wurde. Von ihrem Tiefpunkt 1932 erhöhten sich die durchschnittlichen nominalen Bruttowochenlöhne der Industriearbeiter bis 1938 um 26 Prozent. Dieser Anstieg ging zum größten Teil auf die Verlängerung der Arbeitszeit zurück, da die Stundenlöhne im gleichen Zeitraum nur um 8 Prozent zunahmen⁴⁴. Die Nettoverdienste stiegen allerdings weniger an, weil die Abzüge vom Lohn ausgehend von dem während der Krise erreichten schon sehr hohen Niveau weiter zunahmen. Die Summe aus Lohnsteuer und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung wuchs nach offiziellen Angaben im Mittel von 12,5 Prozent 1932 auf 13,5 Prozent 1937. Dazu kamen der Beitrag zur Deutschen Arbeitsfront in Höhe von etwa 1,5 Prozent und Spenden, z. B. für das Winterhilfswerk, denen man sich praktisch kaum entziehen konnte. Alles in allem dürften die durchschnittlichen Abzüge vom Lohn mindestens um rund drei Prozentpunkte gestiegen sein, die nominalen Nettowochenlöhne waren also 1938 um rund 22 Prozent höher als 1932⁴⁵. Bereinigt mit Hilfe des offiziellen Lebenshaltungskostenindex, der einen Anstieg des Preisniveaus von gut 4 Prozent ausweist⁴⁶, ergäbe sich eine Verbesserung der wöchentlichen Reallöhne um 18 Prozent – das Niveau der späten zwanziger Jahre wäre damit wieder erreicht gewesen. Dem war jedoch mit Sicherheit nicht so, denn der amtliche Lebenshaltungskostenindex spiegelte die wirkliche Preisentwicklung in der NS-Zeit nicht mehr richtig wider⁴⁷. Nach einem Bericht der Reichskreditgesellschaft erhöhten sich die Lebenshaltungskosten allein bis 1935 um etwa 20 Prozent⁴⁸. Tatsächlich stiegen zwischen 1932 und 1938 viele Großhandelspreise relativ schnell, so für Schlachtvieh um 35 Prozent und für industrielle Konsum-

mann (Hrsg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1977, S. 75 (nach United States Strategic Bombing Survey). Für die Stundenproduktivität der fünfziger Jahre siehe: Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 180. Wird das Produktivitätswachstum in den fünfziger Jahren mit Hilfe der Zahlen aus Hoffmann und Wagenführ berechnet, ergibt sich sogar ein Anstieg von durchschnittlich 6,3 % pro Jahr.

⁴³ 1929 war die Produktivität in den USA fast 2,4 mal so hoch wie in Deutschland, 1950 2,7 mal, aber 1959/60 nur noch 2,2 mal; errechnet aus: Stephen N. Broadberry, *The Productivity Race. British Manufacturing in International Perspective, 1850–1990*, Cambridge 1997, S. 48–50.

⁴⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 254.

⁴⁵ Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: *Wirtschaft und Statistik 1938*, S. 158–161. Rüdiger Hachtmann, *Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des „Dritten Reiches“*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 75 (1988), S. 45, gibt den Anstieg der durchschnittlichen Lohnabzüge zwischen 1932 und 1938 sogar mit 4,3 Prozentpunkten an.

⁴⁶ Vgl. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42*, S. 376.

⁴⁷ Vgl. Hachtmann, *Lebenshaltungskosten*, S. 47–72.

⁴⁸ Zahlen nach Grebler, *Arbeitsbeschaffung*, S. 828f.

güter um 15 Prozent⁴⁹. Jedoch legten nicht nur die Verbraucherpreise offenbar rascher als offiziell zugegeben zu, sondern die materielle Versorgungslage verschlechterte sich ebenfalls. Es gab nicht nur bei Textilien, sondern auch bei Lebensmitteln immer wieder Engpässe⁵⁰. Vielfach verringerte sich die Qualität der Produkte, etwa durch Beimischungszwänge. Bezeichnend ist, daß in Arbeiterfamilien 1937 zwar der Verbrauch von Roggenbrot, Kartoffeln und Käse höher war als 1927, aber derjenige von Fleisch und Fleischprodukten um 18 Prozent, von Südfrüchten um 37 Prozent und von Weißbrot gar um 44 Prozent niedriger lag⁵¹. Die Vermutung erscheint nicht abwegig, daß es dem Regime eben nicht gelang, aufzurüsten und „gleichzeitig den Lebensstandard der meisten deutschen Familien kontinuierlich zu verbessern“, wie Abelshauser schreibt (S. 525, 537).

Deformiertes Wachstum in der NS-Zeit

Die Wachstumsraten des Sozialprodukts waren nach der Machtergreifung in Deutschland zwar durchaus vergleichbar mit denen nach der Währungsreform in Westdeutschland. Dennoch ist es verfehlt, unkritisch von einem „Wirtschaftswunder“ in den dreißiger Jahren zu sprechen. Denn erstens erhöhte sich der Lebensstandard der breiten Bevölkerung nicht, vielmehr stagnierte er wohl bestenfalls – natürlich abgesehen von den Arbeitslosen, die wieder Beschäftigung gefunden hatten. Das ist aber höchst ungewöhnlich für Perioden rascher wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung. Zum zweiten war die private Investitionstätigkeit trotz mit dem Boom einhergehender großer Gewinne gering, was ebenfalls unüblich und sehr erstaunlich ist. Und zum dritten waren die Produktivitätssteigerungen insgesamt nur relativ mäßig, der Unterschied zur Weltspitze, repräsentiert durch die USA, vergrößerte sich in der NS-Zeit noch. Das Dritte Reich war also keinesfalls eine Periode normalen Wachstums, sondern es handelte sich um eine Zeit stark deformierten Wachstums ohne die typischen Folgen von wirtschaftlichem Fortschritt⁵². Daß durch die staatlich veranlaßten Investitionen während der NS-Zeit eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Nachkriegszeit gelegt worden ist (S. 538)⁵³, ist natürlich trotzdem

⁴⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 358.

⁵⁰ Vgl. z. B. Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, „Arisierung“, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen Süd*, Münster 1989, S. 64–70.

⁵¹ Vgl. Overy, *Nazi Economic Recovery*, S. 60.

⁵² Im Grunde genommen zeigt Priester, *Wirtschaftswunder*, dies ebenfalls auf. Vgl. auch Christoph Buchheim, *The Nazi Boom: An Economic Cul-de-Sac*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *The Third Reich. Between Vision and Reality. New Perspectives on German History 1918–1945*, Oxford 2001, S. 80–84.

⁵³ Werner Abelshauser schreibt, daß von Mitte der dreißiger Jahre bis 1945 „das vorhandene Bruttoanlagevermögen um nicht weniger als 75 Prozent vermehrt worden ist“ (S. 536). Dies ist falsch und widerspricht auch den Ausführungen in seinem Buch: *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik (1945–1980)*, Frankfurt a. M. 1983, S. 20, auf die er als Beleg hinweist. Dort wird der Anstieg des Bruttoanlagevermögens zwischen 1936 und 1945 mit 21 % beziffert, was mit Kregel, *Anlagevermögen*, S. 94, übereinstimmt. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Wachstumsrate des Kapitalstocks der Industrie in dieser Zeit von 2,2 % pro Jahr. Das ist nicht viel mehr als in den Jahren 1925 bis 1929. Damals betrug die Wachstumsrate nach Kregel im Mittel 1,8 %. Von 1948 bis 1955 dagegen belief sie sich auf 6 %. Der Anstieg des Anlagevermögens der Industrie im Dritten Reich war demnach gar nicht so eindrucksvoll, gemessen an der Steigerung nach der Währungsre-

richtig in dem Sinne, wie es richtig ist, daß die Entwicklung einer späteren Zeit immer auf der der vorangehenden Periode fußt. Das ist jedoch nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Interessant ist dagegen die Frage, was die Alternative zum deformierten NS-Wachstum gewesen wäre. Die Antwort auf diese kontrafaktische Fragestellung ist allerdings bis zu einem gewissen Grade spekulativ und deshalb nicht unumstößlich durch den Hinweis auf Fakten belegbar. Aber es spricht doch einiges dafür, daß auch ohne Hitler die Krise überwunden worden und es zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Erholung gekommen wäre. Die Bedingungen unternehmerischen Handelns hatten sich nicht zuletzt durch die Krise selbst entscheidend verbessert. Die Gewinne wären in jedem Fall höher als in den zwanziger Jahren gewesen. Zudem lassen sich auf internationaler Ebene in den dreißiger Jahren wichtige Ansätze erneuter Kooperation zur Erleichterung des Handels ausmachen, wie der amerikanische „Trade Agreements Act“ von 1934, der nach dem Krieg als Modell für das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) diente, sowie das „Tripartite Agreement“ von 1936, das die unilaterale Abwertung des Französischen Franc ermöglichte, zeigen. Ohne den nationalsozialistischen Rüstungswahn hätten sich Konsum und Export ungleich dynamischer entwickeln können, und auf dieser Basis sowie vor dem Hintergrund eines höheren Gewinnpotentials wäre die private Investitionstätigkeit angesprungen und hätte vermutlich zu einem sich selbst tragenden Aufschwung und echtem Wachstum geführt. Anstatt erst 1948 hätte wahrscheinlich bereits 1933 die langanhaltende Phase höheren Wachstums eingesetzt, die schließlich zu einer deutlichen Annäherung im Niveau des Lebensstandards und der Produktivität an die USA führte, wie das z. B. in Schweden und Kanada der Fall war⁵⁴. Zudem wäre der Bevölkerung Deutschlands das Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit und die erneute Vernichtung ihrer Geldvermögen erspart geblieben. So gesehen, war das Dritte Reich auch unter wirtschaftlichem Aspekt eine Zeit verpaßter Chancen und verbesserer Wachstumsmöglichkeiten, und es brachte alles andere als ein Wirtschaftswunder.

Die „in der Ära Speer entstandene Kriegs-Ordnungspolitik hatte nicht zuletzt den Vorzug, mit dem reformliberalen Geist der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ kompatibel zu sein“ (S. 532). Diese geradezu abenteuerliche Behauptung Abelshauser, die fast wörtlich Eingang in den anfangs angeführten Artikel der FAZ gefunden hat, bedarf zum Schluß doch auch noch eines kurzen Kommentars. Zwar ist es richtig, wie Abelshauser an anderer Stelle schreibt, daß die Protagonisten der Sozialen Marktwirtschaft für einen starken Staat plädierten und dieser Aspekt manche von ihnen verleitete, gewisse Hoffnungen auf den NS-Staat zu setzen⁵⁵. Aber ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der Wirtschaftsordnung im Dritten Reich liegt darin, daß erstere eines starken Staates bedarf, um den Wettbewerb der Unternehmen auf preisgesteuerten Märkten gegen seine spontane Aushebelung zu sichern, wohingegen letztere durch die weitgehende staatliche Aufhebung von Preissteuerung überhaupt und massenhafte Interventionen des Staates in einzelne Märkte gekennzeichnet war⁵⁶. Geldwertstabi-

form. Das heißt aber auch, daß die darin liegende Begünstigung der Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform in der richtigen Perspektive gesehen und nicht übertrieben werden darf.

⁵⁴ Berechnet aus Zahlen für das Sozialprodukt pro Kopf in Maddison, *World Economy*, S. 194–197.

⁵⁵ Vgl. Werner Abelshauser, *Wirtschaftliche Wechsellagen, Wirtschaftsordnung und Staat: Die deutschen Erfahrungen*, in: Dieter Grimm (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden 1994, S. 217–224.

⁵⁶ Vgl. für kurze Überblicke Gerold Ambrosius, *Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 9–13; Dietmar Petzina, *Die aktuelle Transformationsdebatte und das nationalsozialistische*

lität und offene Märkte, auf denen der Leistungswettbewerb weder durch Kartelle noch durch Protektionismus eingeschränkt wird, sind nach Walter Eucken wesentliche Charakteristika einer Sozialen Marktwirtschaft⁵⁷, während gerade die Kriegszeit durch ein immer größeres Ausmaß an zurückgestauter Inflation und die totale Zwangskartellierung der Rüstungsindustrie im staatlichen Interesse durch das System der Ausschüsse und Ringe gekennzeichnet war⁵⁸. Daß dabei die Kräfte industrieller Selbstverwaltung in den Dienst der Steigerung der Kriegsproduktion gestellt wurden, widerspricht dieser Einschätzung keinesfalls, denn auch normale Kartelle sind ja gewissermaßen Selbstverwaltungsorgane – wenn auch im ausschließlichen Interesse der Industrie – und gerade deshalb der Gegenpol zur Konkurrenz unabhängig voneinander auf Märkten agierender Unternehmen, dem Idealbild der Sozialen Marktwirtschaft. In Wirklichkeit war also die Zerschlagung der Kriegswirtschaftsordnung durch Aufhebung von Preiskontrolle und Bewirtschaftung, Währungsreform, institutionelle Sicherung der Geldwertstabilität, Kartellverbot und außenwirtschaftliche Liberalisierung, was nach 1945 unter tatkräftiger Mitwirkung vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht geschah⁵⁹, die Voraussetzung für die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland.

Wirtschaftssystem, in: Christian Jansen u. a. (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1995, S. 391–398. Siehe auch bereits während des Krieges, Walter Eucken, *Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung*, in: Günter Schmolders (Hrsg.), *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese*, Berlin 1942, S. 29–49, wo es über die damalige Wirtschaftsordnung heißt, daß in ihr „der Wirtschaftsprozess nicht in erster Linie durch Preise gelenkt wird, sondern unmittelbar durch Zentralstellen“.

⁵⁷ Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1975, S. 255–270.

⁵⁸ Vgl. Ingeborg Esenwein-Rothe, *Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945*, Berlin 1965, S. 126–130; Hans-Joachim Weyres-von Levetzow, *Die deutsche Rüstungswirtschaft von 1942 bis zum Ende des Krieges*, Diss. München 1975, S. 20–28, 209. Beide Autoren gebrauchen explizit den Begriff des Kartells für die Ausschüsse und Ringe.

⁵⁹ Siehe dazu Christoph Buchheim, *Die amerikanischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Peter Hampe/Jürgen Weber (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsgeschichte vor dem Ende?*, München 1999, S. 34–45.